Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1923

13 (31.1.1923)

Visual Library

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag.

Bezugs-Preis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Austräger ohne Bestellgeld monatlich 750.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 1/8—5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 10.— Mk.

Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 30.— Mk.

Anzeigen mit Deckadresse oder Auskunft 30.— Mark Sondervergütung. Alle Preise freibleibend.

Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.

Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs erlischt.

Platzvorschriften werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.

Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wollen am Tage vorher aufgegeben werden

№ 13. Mittwoch, den 31. Januar 1923. 84. Jahrgang

Das Wichtigste.

Senator Borah verlangt in einem Rundschreiben das Eingreifen Amerikas, weil es sich bei der Ruhrkrise um die Zerstörung eines Volkes handle.

*

In Bochum, Duisburg und anderen Orten sind zahlreiche neue Verhaftungen und Ausweisungen erfolgt, so auch die des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres.

*

Die Besetzungsbehörden teilten gestern der Presse mit, daß alle Beamten, die ihren Befehlen nicht nachkommen, sofort verhaftet und ausgewiesen werden. Mit der Durchführung dieser Ankündigung wurde sofort begonnen.

*

Der Belagerungszustand ist von der französischen Militärgewalt auf das ganze neu besetzte Ruhrgebiet ausgedehnt.

*

Die Besetzung einer Reihe größerer Bahnhöfe des besetzten Gebiets hat überall zur Niederlegung der Arbeit und zur Unterbindung des Verkehrs geführt.

Frankreichs Hoffnung: Das Chaos.

Aus der Ratlosigkeit der französischen Ingenieure und aus der Erkenntnis, daß eine Durchdringung des Industrie- und Eisenbahnnetzes des Ruhrgebietes für sie eine glatte Unmöglichkeit ist, macht man in Frankreich keinen Hehl mehr. Dafür spricht auch die außerprogrammäßige Reise des Generals Weygand und des Ministers de Trocquers ins Ruhrgebiet, die beide Ratschläge über eine neue Methode der wirtschaftlichen Eroberung finden wollen. Dafür spricht endlich und in eindringlichster Weise die überschäumende Wut, die in allen französischen Kundgebungen über das Ruhrgebiet zum Ausdruck kommt. Das charakterristische unter den Beispielen für diesen Ausdruck der Enttäuschung über die Ruhraktion, ist ein offenbar in enger Verbindung mit hohen französischen Kommandostellen geschriebener Bericht des Echo de Paris. In diesem Bericht wird zunächst festgestellt, daß die Ausbeutung der Ruhrbergwerke durch Frankreich kaum noch Schwierigkeiten machen werde, da für die deutschen Bergleute bereits Ersatz da wäre! Diese Feststellung wird wohl nicht einmal in Paris geglaubt werden. Ferner: Den Schwierigkeiten im Eisenbahnbetrieb werde man durch Ausweisung der streikenden und sabotierenden deutschen Eisenbahner begegnen. Auch die Ausführung dieser Drohung wird den Einblick der französischen Eisenbahner in das undurchsichtige Getriebe des Industrieeisenbahnnetzes nicht vertiefen. Endlich kommt das schwerste Geschoß: Den Deutschen soll ein achttägiges Ultimatum gestellt werden. Die deutschen Beamten, die Industrie und die Arbeiter sollen sich restlos in den Dienst Frankreichs stellen. Der französischen Industrie soll ein Anteil an der Ruhrindustrie gewährt werden. Die Befehle der deutschen Regierung sollen außer Kraft gesetzt werden, d. h.: Bedingungslose Uebergabe des Ruhrgebiets an Frankreich bei teilweiser Enteignung des deutschen Privatbesitzes der Ruhrindustrie.

Wenn die Ruhrdeutschen und die Berliner Regierung auch dieses Ultimatum nicht annehmen, soll das Ruhrgebiet hermetisch von Deutschland abgeschlossen und jede Ausfuhr von Erz und Kohlen nach dem unbesetzten Deutschland abgedrosselt werden. Frankreich werde, so sagt der menschenfreundliche offiziöse Gewährsmann des „Echo de Paris", gelassen zusehen wie Deutschland vom Chaos verschlungen werde. Es gehe jetzt für Frankreich auf Tod und Leben. Es ist gut, daß uns dies in diesem Augenblick gesagt wird, um unseren Widerstand immer härter zu machen. Die Wut über die unerwarteten Schwierigkeiten der Aktion läßt die Franzosen Bedingungen für Deutschland ersinnen, von denen sie wissen, daß sie von keinem Deutschen erwogen werden können. Durch die Drohung mit Hunger und Chaos wollen sie deshalb die Kapitulation erzwingen. Die Ruhrdutschen wissen nun, daß ihrer die nackte Sklaverei harrt, wenn ihr Widerstand erlahmte. Wir andern aber wissen, daß wir, **wenn wir den Ruhrdeutschen den Widerstand durch tatkräftige Hilfe erleichtern und wenn wir selbst durch Standhaftigkeit das Chaos von uns fernhalten, das höchste erreichen können: das Leben für uns und den moralischen Tod für den räuberischen und unersättlichen Feind.**

Die vollendete Einkreisung.

Essen, 29. Jan. Die Einkreisung des Ruhrgebiets ist jetzt vollkommen durchgeführt. Die Truppen haben die vorläufig festgesetzten Punkte des Halbkreises erreicht, dessen Sehne der Rhein bildet und der im Osten Hörde und Lünen im Bogen einschließt. Wohl hat der Widerstand der Eisenbahner und Arbeiter die Pläne behindert, aber die Franzosen hatten Zeit genug zu ihrer Ausführung. Wirtschaftliche Maßnahmen sind bisher noch nicht erfolgt und der Verkehr ist noch unbeschränkt, doch ist mit Sicherheit sehr bald eine Verschlimmerung der Lage zu erwarten. In unterrichteten Kreisen bezeichnet man die Nacht zum 1. Februar als Zeitpunkt für das Inkrafttreten wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen. Dieser Zeitpunkt ist mit Rücksicht auf die mit Sicherheit erwartete Nichtzahlung der am 31. Januar fälligen 500 Millionen Goldmark Reparationsschuld anzunehmen. Was dann mit der Kohle geschehen soll, ist völlig ungewiß. Es ist bei der ungeheuren Menge täglicher Förderung unmöglich, die Kohlen lange auf die Halden zu schütten. Der Streik ist nun als allerletztes Mittel zu denken. Die Bevölkerung will die ungeheure Verantwortung für die unausbleiblichen Folgen eines Streiks nicht auf sich nehmen. Auch der passive Widerstand der gewerbetreibenden Bevölkerung ist ein zweischneidiges Schwert, denn die Franzosen haben schon gestern erklärt, daß sie sich Maßnahmen vorbehalten, wenn wieder Geschäftsleute nicht an Angehörige der fremden Truppen verkaufen wollen. Sie behaupten auch, daß Eisenbahner durch Sabotage, Unbrauchbarmachung von Weichen, Drehscheiben und Lokomotiven versucht hätten, den Verkehr lahmzulegen, und daß die Bahnhöfe Düsseldorf und Aachen mit Absicht so verstopft seien, daß jeder Güterverkehr unmöglich ist. Die Franzosen drohen mit strenger Strafe jedem, der bei Sabotagearbeiten betroffen wird. Gelänge es nicht, die Täter zu entdecken, so würden die Vorgesetzten bestraft, von ihren Posten entfernt und durch französische Beamte ersetzt werden. Die deutschen Eisenbahner bestreiten jede Sabotage und führen die Unfälle und die Verstopfung der Bahnhöfe auf die Eingriffe der Franzosen zurück. In Düsseldorf ist die Ruhe wieder vollkommen, aber die Polizeistunde bleibt weiter auf 10 Uhr beschränkt. In Düsseldorf wurde heute wegen angeblicher Sabotage von Dienstgesprächen der Sprachverkehr mit Berlin und Hamburg auf einige Stunden eingestellt. In der gestrigen Konferenz des Pressechefs mit Vertretern der ausländischen Presse wurde auf Anfrage offiziell zugestanden, daß ein großer Teil der Lothringer Hochöfen aus Mangel an Ruhrkoks stillgelegt werden mußte.

Die Zerrüttung des Verkehrs.

Essen, 29. Jan. Die Versuche der Franzosen, mit eigenem Personal den Verkehr in Gang zu bringen, dauern fort. Doch überall, wo der Franzose versucht, mit eigenem Personal Eisenbahnzüge abzulassen, hat er durchweg Mißerfolge gehabt. So konnte ein von Düsseldorf abgegangener Militärzug nicht nach Essen gelangen; er bog schließlich nach Heisingen ab, weil es dem französischen Zugpersonal nicht gelang, die starke Steigung zwischen Werden und Hügel zu nehmen. Auf verschiedenen anderen Strecken sind die französischen Versuche, einen notdürftigen Eisenbahnverkehr in Gang zu bringen, durch Entgleisungen vereitelt worden, die jedenfalls darauf zurückzuführen sind, daß von dem französischen und belgischen Personal, das mit der Handhabung der deutschen Stellwerke nicht vertraut ist, die Weichen gewaltsam um- bezw. festgelegt wurden. So ist z. B. auch ein von Düsseldorf nach Reuß abgelassener Salonzug kurz hinter Düsseldorf entgleist und versperrt nun die ganze Strecke. In Ratingen ist ein von Düsseldorf abgegangener in der Richtung nach Mülheim auf der Köln—Mindener Strecke fahrender Militärzug auf der Strecke entgleist, so daß auch diese Strecke, auf der die Franzosen durch Abbinden der Stellwerke mühsam ein fahrbereites Geleise geschaffen hatten, vollständig gestört ist. Kurz vor Volmarstein bei Hagen fuhr ein von französischen Eisenbahnern gefahrener Militärzug auf dort stehende leere Wagen auf und entgleiste. Die Strecke ist nun durch die umgestürzten Wagen gesperrt. Von einer Reihe von Bahnhöfen der durch derartige Entgleisungen und Zusammenstöße wieder unbrauchbar gewordenen Strecken haben darauf sich die Besatzungstruppen wieder zurückgezogen. Aus Paris wird gemeldet: Wenn die deutschen Eisenbahner bei Sabotageakten angetroffen würden, würden sie festgenommen und sofort ausgewiesen. Andernfalls würde der verantwortliche Vorgesetzte festgenommen. Wenn die Sabotageakte andauern, werden bald sämtliche Beamte aus dem rheinischen Eisenbahnnetz abziehen müssen.

Durchschnittene Rheinkabel.

Düsseldorf, 29. Jan. Aus Essen wird gemeldet, daß die Franzosen bei Steeke bei Düsseldorf das Rheinkabel durchschnitten haben. Der Regierungspräsident wird sofort wegen der Wiederherstellung mit den Franzosen verhandeln. Die Wiederinstandsetzung kann nur von deutschen Beamten vorgenommen werden, und diese verlangen die Räumung sämtlicher Umschaltstationen, die von den Franzosen besetzt sind.

Eine neue deutsche Note.

Berlin, 27. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen: „Die französischen Truppen begingen im Ruhrgebiet eine neue Bluttat. Am 23. Januar abends wurde der Arbeiter Rudolf Drees in Kirchende bei Hagen durch französische Soldaten ohne jede Veranlassung mit einer Schußwaffe schwer verletzt. Obwohl die französische Regierung sich in ihren Antworten auf frühere Proteste wegen der Bluttaten in Bochum und Langendreer weder auf eine sachliche Erörterung eingelassen, noch zu Worten des Bedauerns verstand, erhebt die deutsche Regierung auch wegen des neuen Unrechts Protest. Sie behält sich vor, volle Sühne dafür zu fordern.

Die Verantwortung.

Paris, 28. Jan. Die Mehrzahl der gemäßigten Blätter bedauern in gewissem Sinne die Entwicklung, welche die Ergebnisse im Ruhrgebiet nehmen. Sie sind aber alle überzeugt, daß die französische Okkupation Herr der Lage bleiben werde. Alle Pariser Blätter machen die unverantwortliche Haltung des Kabinetts Cuno sowie die deutsche Schwerindustrie für die Verschärfung der Lage verantwortlich. Der Matin schreibt: „Glaubt Cuno wirklich, daß, wenn er sofort nach dem Einrücken der Franzosen in Essen mit Frankreich Verhandlungen angeknüpft hätte, zu denen sich Poincare in seiner letzten Kammerrede bereit erklärte, Deutschland dann mehr gelitten hätte, als es jetzt leiden wird, angesichts der Anarchie, die von oben herab bereits angerichtet wird. Wenn Frankreich neue Gründe gebraucht hätte, um seine Aktion in den Rheinlanden fortzusetzen, so würde die Politik des Kanzlers und ihre Folgen ihm diese Gründe in ausreichendem Maße bieten".

*

Es geht aus dieser Aeußerung deutlich hervor, daß sich Frankreich verrechnet hat. Es glaubte, daß Deutschland durch den Einfall ins Ruhrgebiet zu Verhandlungen mit Frankreich allein bereit gemacht werden müsse. Da das nicht eintraf, sucht Frankreich die Verantwortung dafür dem Kanzler und der Schwerindustrie zuzuschieben und die Tatsache zu verdunkeln, daß die ganze Lage durch den rechtswidrigen Einmarsch ins Ruhrgebiet geschaffen ist. Darüber ist sich auch das übrige Ausland im Klaren. Immerhin scheint die Auslassung des Matin auch anzudeuten, daß Frankreich den Wunsch hegt, Deutschland möge auch jetzt noch zu Verhandlungen bereit sein. Es mag dies zunächst seinen Alliierten zur Kenntnis geben.

Essener Krankenhäuser von den Franzosen beschlagnahmt.

Berlin, 29. Jan. Der „Lokalanzeiger" meldet aus Essen, daß die Franzosen den dritten Teil der dortigen Krankenhäuser beschlagnahmt haben. Allein von 1000 Betten der städtischen Krankenhäuser haben die Franzosen 270 Betten beansprucht. Auch der Dyphteriepavillion, die Hauptklinik der Pavillions für Scharlach, Masern und Typhus mußten von den Kranken auf Verlangen der Franzosen geräumt werden. Die Aerzte haben darauf erklärt, daß infolge dieses Vorgehens schwere Epidemien auftreten können, und daß sie die Verantwortung für alle Folgen den Franzosen überlassen müßten.

Beschlagnahme der Pfalzbahnen.

Mannheim, 30. Jan. Das Eisenbahnpersonal der Pfalz ist unter militärischen Befehl gestellt und der Präsident abgesetzt worden. Das Pfälzer Netz der Reichseisenbahnen ist vom oberkommandierenden General heute übernommen worden. Die Beamten und Arbeiter, die nicht unterschriftlich sich bereit erklären, den Befehlen des Generals unbedingt Folge zu leisten, werden entlassen.

Betriebsstillegung im Bezirk Mainz und Ludwigshafen.

Frankfurt, a. M., 30. Jan. Die sämtlichen Bezirksleiter der Organisationen der Beamten und Arbeiter des Reichsbahndirektionsbezirks Mainz haben die sofortige Arbeitsniederlegung im gesamten Eisenbahndienst des besetzten Gebietes des Bezirks Mainz bis auf weiteres angeordnet. Sicherem Vernehmen nach wird eine gleiche Anordnung im Bezirk der Reichsbahndirektion Ludwigshafen getroffen werden. Wie dem W.B.T. von der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. mitgeteilt wird, ist von dieser Maßnahme der Verkehr auf der Linie Frankfurt—Darmstadt nicht betroffen worden.

Die Massenausweisung.

Die Vergewaltigung des Landes geht ihren brutalen Gang weiter. Es ist insbesondere die Verhaftung, Einsperrung oder Austreibung der Beamtenschaft, in der die Franzosen und Belgier immer radikaler verfahren. Schon bis Sonntag hatte die Köln. Zeitung allein im altbesetzten Rheinland 90 Verhaftungen von Beamten gezählt, seither sind viele dazugekommen, und wenn man die Festnahmen im Ruhrgebiet dazu nimmt, so geht die Gesamtzahl sicher weit in das 2. Hundert hinein. Es ist ein klassisches Stück französischer Heuchelei; wenn die Ag. Havas jetzt allmählich den Versuch macht, diese Gewaltpolitik gegen die deutsche Beamtenschaft zu begründen und dabei tut, als wäre sie etwas Neues und hätte erst am 29. Jan. begonnen, während sie doch schon über eine Woche im Gange ist. Immerhin erfährt man, daß es gegen alle oberen Beamten im gesamten Besatzungsgebiet geht. Die mit Gift und Hohn gespickte Auslassung der französischen Agentur fährt dann fort: „Die Durchführung der neuen Maßnahmen sei der Beginn jener Phase energischeren Vorgehens, in die man „heute" (d. h. am 29. Jan.) eingetreten sei. Die französischen Behörden hätten bis jetzt eine „Milde" bewiesen, die die Deutschen selbst, die von jener Zeit her, als sie Frankreich und Belgien besetzt hielten, eine ganz andere Methode gewohnt seien, in Bewunderung versetzt habe. Die Alliierten hätten ihren Friedenswillen und den Willen zu einer freundschaftlichen Verständigung hinreichend dargetan. Ihre Langmut habe nicht dazu führen dürfen, daß sie als Schwäche ausgelegt werde. Man habe also die Beamten, die die alliierte Oberheit nicht anerkennen und sich mit der Berliner Regierung solidarisieren, aufgefordert, ihren Eifer im unbesetzten Deutschland zu entfalten. Man „werde" zuerst mit jenen „beginnen", die die wichtigsten und die bestbezahlten Posten inne hätten und die sämtlich tätige Agenten für die „nationalistische Propaganda" seien, der die deutsche Großindustrie ergeben sei. Die Maßnahme würde auf die anderen Beamten nur dann ausgedehnt werden, wenn es notwendig ist."

Man sieht die verführerische Lockspeise, die den „anderen" hingehalten wird, daß sie anbeißen und klein beigeben sollen! Wird ihnen hoffentlich so wenig einfallen, wie ihren Vorgängern! Der Havasmann sucht auch festzustellen, daß die Entscheidungen der alliierten Autoritäten rechtsgültig seien, denn die Haager Konvention anerkenne ausdrücklich, daß man der Macht gehorchen müsse, die sich augenblicklich im Ruhrgebiet etabliert habe. Während ihrer Okkupation hätten die Deutschen nur 24 Stunden passiven Widerstand geduldet und dann sei als Strafe nicht Ausweisung, sondern Einsperrung, Deportierung und selbst Füsilierung erfolgt. Mit diesem Hieb ist aber der Mann auf ein sehr falsches Gleise geraten. Das Wolffsche Büro bemerkt mit Recht dazu: Es ist außerordentlich bezeichnend, daß hier versucht wird, einen Vergleich zwischen Friedens- und Kriegszustand anzustellen unter vollkommener Verkennung des Umstandes, daß der deutschen Regierung am 10. Januar von der französischen Regierung eine friedliche Besetzung angekündigt wurde, deren Berechtigung durch keinen Vertrag nachgewiesen werden kann, wie ja auch inzwischen die höchsten juristischen Autoritäten in England festgestellt haben.

Vollständige Militärherrschaft.

Essen, 30. Jan. Das Gebäude der Eisenbahndirektion ist von starken französischen Wachen umstellt, nachdem die Wachen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

auf die Vorstellungen der Beamtenschaft seinerzeit verringert worden waren. Die gestern verhafteten Gewerkschaftsführer der Beamten und Angestellten des Post- und Telegraphenpersonals sind in das unbesetzte Gebiet in der Richtung Münster abgeschoben worden. Sie wurden dort auf der Landstraße ausgesetzt. Der Belagerungszustand ist inzwischen auf das ganze neubesetzte Gebiet ausgedehnt worden. Diese Maßnahme wird von der Besatzungsbehörde mit den systematischen Hindernissen begründet, die von Reichsbeamten der friedlichen Tätigkeit der französisch-belgischen Ingenieurmission in den Weg gelegt worden seien.

Nach der Verordnung ist der Straßenverkehr von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens untersagt. Die Behörden haben gegen diese Maßnahme Protest erhoben. Obwohl vor einigen Tagen General Denvignes dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten gegenüber erklärt hatte, daß die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets in keiner Weise behindert werden soll, sind an einigen Stellen Lebensmitteltransporte beschlagnahmt worden.

Unterstützung aus dem Ausland.

Amsterdam, 28. Jan. Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen zu ersuchen, dem Vorbilde des niederländischen Gewerkschaftsbundes zu folgen, der den deutschen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die Besetzung des Ruhrgebiets ansehnliche Geldbeträge zur Verfügung stellen wird, und bereits als erste Spende 150 000 holländische Gulden bereit gestellt hat. Weiter hat das internationale Gewerkschaftsbureau beschlossen, in allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck auszuüben, damit der Völkerbund angerufen werde.

Hamburg, 28. Jan. Die Norddeutsche Bank in Hamburg teilt mit, daß bei ihr durch die Vermittlung ihres Tochterinstitutes der Brasilianischen Bank für Deutschland in Sao Paolo, als vorläufiges Ergebnis einer Sammlung der Deutschen Zeitung in Sao Paolo für die Ruhrgebiethilfe 55 000 Millreis gleich etwa 160 Millionen Mark zur Verfügung des Reichskanzlers eingegangen sind.

Aufhaltung der Reparationszüge aus Oesterreich.

Breslau, 29. Jan. Die Lokomotivführer der Station Ratibor haben beschlossen, ab sofort die aus Oesterreich kommenden Züge mit Holz und Koks, die als Reparationsleistungen für Frankreich bestimmt sind, nicht mehr weiter zu führen. Ein Holzzug ist bereits auf der Station Ratibor angehalten worden. Auch die Kohlentransporte von Mährisch-Ostrau nach Frankreich über Deutschland sind nach einer Mitteilung der Olmützer Eisenbahndirektion eingestellt worden.

Ueberstunden im Braunkohlenbergbau.

Halle, 29. Jan. In sämtlichen Stein- und Braunkohlenrevieren Deutschlands, außer dem Ruhrrevier, fanden gestern Reverkonferenzen statt, in denen überall die Geneigtheit zutage trat. Ueberschichten zu fahren, um einen etwa eintretenden Ausfall an Ruhrsteinkohle auszugleichen.

Die neuen deutsch-schwedischen Erzlieferungsverträge.

Berlin, 29. Jan. Die neuen deutsch-schwedischen Erzlieferungsverträge belaufen sich auf eine Menge von rund 5 Millionen Tonnen jährlich. Deutschland wird damit der größte Abnehmer schwedischer Erze. Der Preis stellt sich auf 15,50 schwedische Kronen pro Tonne ab Oexlesund. Da der Eisengehalt der schwedischen Erze bei weitem den der Minette übersteigt, wird der hohe Preis dadurch wettgemacht. Der Bezug der lothringischen Minette ist infolge der Ruhrbesetzung gänzlich eingestellt worden. Bei voller Ausnützung der Hüttenkapazität würde der deutsche Gesamtbedarf an Eisenerzen rund 20 Millionen Tonnen jährlich betragen, zur Zeit ist aber die Beschäftigung der Hüttenwerke um rund ein Drittel herabgesetzt. Aus den deutschen Erzgebieten an der Dill, Lahn, im Siegerland sowie in Bayern werden ebenfalls jährlich etwa 5 Millionen Tonnen geliefert. Bezüglich der neufundländischen Erze, die vom Stinnes-Konsortium mit einer englischen Gesellschaft bis zur Höhe von einer Million Tonnen jährlich abgeschlossen sind, hört man, daß die Verhandlungen bisher noch nicht abgeschlossen sind.

Eine Unterredung mit Fritz Thyssen.

Berlin, 29. Jan. Ein Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag" hatte Gelegenheit, mit Fritz Thyssen zu sprechen, der heute in geschäftlichen Angelegenheiten nach Berlin gekommen ist. Auf die Frage nach den Aussichten der französischen Zwangsmaßnahmen erklärte Thyssen, er halte die Einrichtung einer Zollgrenze für die Franzosen praktisch für undurchführbar. Im übrigen seien sämtliche Zechenbesitzer und Direktoren nach wie vor **fest entschlossen, den Franzosen nicht eine Tonne Kohlen zu** liefern und sich die Lieferung auch mit keinen Mitteln abzwingen zu lassen. Auch die Lieferung von Requisitionskohle sei jetzt, einer Verordnung des Reichskohlenkommissars entsprechend, entschieden abgelehnt worden. Die Franzosen hatten sich für die Anforderung dieser Kohle auf die Bestimmung des Haager Abkommens berufen, die aber nur für den Kriegsfall und gegenüber den liefernden Behörden, jedoch nicht dem einzelnen Unternehmer gegenüber gilt. Das Verhalten der Arbeiterschaft sei, so erklärte Thyssen geradezu mustergültig. Ueber die Folgen der Ruhrbesetzung und der französischen Repressalien in geschäftlicher Hinsicht konnte sich Thyssen heute nicht abschließend äußern; er meinte aber, die geschäftlichen Interessen müßten jetzt durchaus hinter die vaterländischen Pflichten zurücktreten. In Verhandlungen der Industriellen hat das gelegentlich ein Mitglied dahin präzisiert: „Jeder der jetzt an sein Geschäft denkt, gehört an die Wand gestellt." Ueber die Frage eines gemeinschaftlichen Syndikats der deutschen und französischen Industrien erklärte Thyssen ausdrücklich folgendes: Wenn jemals derartige Pläne in Bearbeitung gewesen sind, so ist angesichts des französischen Rechtsbruchs und des Verhaltens der Franzosen im Ruhrgebiet jetzt gar nicht mehr daran zu denken, daß wir mit den Franzosen zusammenarbeiten könnten. Alle über derartige Pläne oder gar Verhandlungen aus der Zeit der Ruhrbesetzung — vielleicht nicht ohne Interesse der beteiligten Gegenseite — verbreiteten Gerüchte und Angaben sind absolut aus der Luft gegriffen. Keiner von uns denkt daran, zu derartigen Verhandlungen jetzt oder künftig die Hand zu bieten. Zum Schluß hob Thyssen mit Nachdruck hervor, mit welch geradezu beispiellosem Maß von Heroismus und Pflichttreue nicht nur die nächstinteressierten in ihrer Lebensmöglichkeit gefährdeten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern vor allem die gesamte Beamtenschaft ihre Pflicht für das Vaterland erfüllt haben und weiter erfüllen.

Wir sind wehrlos?

Einigkeit ist unsere Waffe!
Einigkeit mit den Kämpfern an Ruhr und Rhein!

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt
54610 Mark.

Für das **Ruhrgebiet** sind weiter eingegangen von:
„Gut Wetter" Sinsheim 4510 Mk., Oskar Schick, Sinsheim 10000 Mk., Spark.-Kontr. Schick, Sinsheim 1000 Mk., Oberbausekretär a. D. Krattinger, Sinsheim 500 Mk., Buße aus einer Beleidigungssache vom Bezirksamt 1500 Mk., Ungenannt Sinsheim 1000 Mk.
Der Lehrkörper der Realschule Sinsheim lieferte an den Beamtenbund 33 000 Mk.

Die Kohlenbestände der Industrie.

Berlin, 30. Jan. Die B. Z. am Mittag hat aufgrund französischer Tendenzmeldungen, die ein Erlahmen des deutschen Widerstandes von dem Versagen der Kohlenversorgung der Industrie außerhalb des Ruhrgebiets erwarteten, an die industriellen Großbetriebe Berlins eine Rundfrage gerichtet über den tatsächlichen Stand der Dinge. Diese Rundfrage wurde übereinstimmend in dem Sinne beantwortet, daß die Werke noch für längere Zeit sehr gut mit Kohle versorgt seien. Durch den milden Winter habe man Vorräte ansammeln können und außerdem hätten die übrigen deutschen Kohlengebiete außerordentlich gut gearbeitet. Außerdem fände die Berliner Industrie in der Fernversorgung mit elektrischem Strom eine gute Unterstützung ihres Kraftbedarfes. Der Reichskohlenkommissar bezeichnet den Stand der Versorgung bei der Industrie und auch im Privatbedarf als durchaus zufriedenstellend und sieht keinen Anlaß zur unmittelbaren Besorgnis.

Essen, 30. Jan. Der Kohlentransport nach dem Osten vollzieht sich nach wie vor ungehindert; allerdings haben die Kohlenzüge zurzeit zur Kontrolle 15 Minuten anzuhalten. Eine Erhebung von Zöllen hat noch nicht stattgefunden. Nach zuverlässigen Nachrichten werden von den Besatzungstruppen in Duisburg und Düsseldorf seit heute Personenautos beschlagnahmt.

Poincares Lügen über die englischen Kohlensendungen.

London, 29. Jan. „Sundby-Expreß" berichtet: Die französische Regierung hat beschlossen, Großbritannien gegenüber nachdrücklich die Notwendigkeit hervorzuheben, ein **Verbot auf die Ausfuhr britischer Kohle** nach dem unbesetzten deutschen Gebiet zu legen. Dem Blatt zufolge setzen die Franzosen in der Verschiffung englischer Kohle nach Deutschland einen entscheidenden verhängnisvollen Zug in ihrem Spiel, das die Zermürbung der deutschen Industrie durch Vorenthaltung der Ruhrkohle bezwecke. Wenn die britische Kohle an den Platz der Ruhrkohle trete, so könne der französische Plan scheitern. Wie das Blatt weiter schreibt, werde die britische Regierung einem solchen Ersuchen nicht stattgeben. Die französische Politik an der Ruhr entwickle sich keineswegs planmäßig. Großbritannien, dessen praktischer Reparationsplan verworfen worden sei, werde wahrscheinlich auf Jahre hinaus keine Reparationen erhalten. Jetzt, wo die Unklugheit der französischen Politik immer deutlicher zu Tage trete, werde an England das Ersuchen gerichtet, zu Hilfe zu kommen, indem es den englischen Kaufleuten und Industriellen untersage, vorteilhafte Geschäfte zu treiben und dem englischen Volke einen Erwerb zu verschaffen und dies zu einem Zeitpunkt, wo 1½ Millionen englische Arbeiter auf der Straße liegen.

Ein bedeutsames englisches Urteil.

London, 27. Jan. Die „Times", das Blatt der englischen Regierung, wenden sich in sehr ernsten Worten gegen den Beschluß der Reparationskommission. Deutschland im allgemeinen Verzug zu erklären, um die Bezahlung ½ Milliarde Goldmark am 31. Januar zu fordern. Vom Jahre 1923 werde man wieder in das Jahr 1921 zurückgeworfen. Die Aktion der Franzosen, die die Reparationskommission dazu treibe, einen Beschluß anzunehmen, sei ein Zugeständnis, daß für sie die Reparationen nicht die Hauptsache sind. Die Reparationskommission als unparteiisches Organ interalliierter Meinung habe sich vollkommen lächerlich gemacht. Sie sei nicht mehr oder weniger geworden als das Werkzeug zur Registrierung von Beschlüssen, die von der französischen Regierung gefaßt worden seien in Verfolg einer besonderen Politik und habe ihre legale Autorität verleugnet.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Ruhrbesetzung.

London, 30. Jan. Gestern abend wurde in London die angekündigte Versammlung von Parlamentsmitgliedern der Arbeiterpartei abgehalten, die sehr stark besucht war. Der Führer der Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, wurde beauftragt, sich noch an dem gleichen Abend mit dem Premierminister wegen der Lage im Ruhrgebiet in Verbindung zu setzen und zu fordern, daß das Parlament zu einem früheren Zeitpunkt als dem 13. Februar einberufen werde, um ihm Gelegenheit zu geben, die Lage zu erörtern.

Die Engländer bleiben im Rheinland.

London, 27. Jan. Der gestrige Kabinettsrat hat beschlossen, vorläufig die englischen Truppen im Rheinland zu belassen. Die Regierung ist nicht geneigt, die Truppen zurückzuziehen, solange sich keine weiteren Verwicklungen ergeben und solange kein deutscher Beamter mehr von den Franzosen verhaftet wird. Vorläufig bleibt Großbritannien also bei seiner wohlwollenden Neutralität. In Downing Street ist man der Ansicht, daß jeder Versuch einer Intervention unnütz sei, solange der passende Augenblick nicht gekommen sei. Man hofft, daß Frankreich schließlich doch noch das Falsche seines Vorgehens einsieht und dann beschließt, sich zurückzuziehen. Dann wäre für Großbritannien der Augenblick gekommen einzugreifen und seine Vermittlung anzubieten. Einem Versuch, die Reparationsfrage dem Völkerbund zu unterbreiten, ist die englische Regierung abgeneigt, da solche Versuche nur zu Streitigkeiten führen würden und den Völkerbund leicht in eine Sackgasse bringen könnte. Außerdem sei ein beträchtlicher Teil der Mitglieder des Völkerbundes so für Frankreich gestimmt, daß man kaum einen unparteiischen Schiedsspruch erwarten könne.

Tausendfältig Unglück.

Roman von H. Hill.

44) Nachdruck verboten.

Ihre Antwort, die er sich als eine scherzhafte auslegte, gefiel dem Kapitän, und er lachte geräuschvoll.

„Eine komische Sache, wenn man sichs recht überlegt," sagte er. „Ein Staatskanzler führt einen alten, ehrlichen Seemann in die Versuchung, zu schmuggeln; er verbringt seine ganze Zeit damit, Konterbande zu verhüten, und dann macht er sich selbst an das Geschäft. Aber es macht scheints, einen Unterschied, wenn man hinausschmuggelt und die Ware ein hübsches Mädchen ist."

„Hat Sir Gideon irgend eine Botschaft für mich hinterlassen?" fragte Janet.

„Kein Wort — außer sie ist in einem gewissen kleinen Kuvert, das er mir gegeben hat; die versiegelten Befehle, von welchen ich sprach, die ich nicht öffnen darf, bis wir an Brighton vorbei sind," erwiderte der Kapitän. Er ist ein frommer Betrüger Fräuleinchen, aber er ist mein Zahlmeister, und ein guter; versuchen Sie es also nicht, meinen Kurs zu durchkreuzen."

Das düstere Stirnrunzeln, das die Schlußworte begleitete, machte sie zu einer Drohung, und Janet schwieg. Kapitän Belcher schien mit ihrer Unterwürfigkeit zufrieden zu sein und stand nach dem rasch beendeten Mahle auf, während er dem Maat winkte, ihm auf Deck zu folgen. Am Fuße der Kajütenleiter machte er Halt und sah sich nach Janet um.

„Sie können, wohin Sie wollen, auf dem Schiff gehen," sagte er, „oder auch hinaus, wenn Sie es vorziehen, über Bord zu springen; nach dem, was Ihr vornehmer Beschützer fallen ließ, glaube ich, daß er mich wegen eines solchen Zwischenfalles nicht tadeln würde."

Janet konnte sehr gut verstehen, daß Sir Gideon Marske entzückt sein würde, zu hören, daß es mit ihr zu Ende sei, und sie war vollständig gefaßt darauf, daß die „versiegelten Befehle", die Kapitän Belcher im Verlauf des Tages öffnen sollte, Weisungen enthielten, welche die polternde, gute Laune des Schurken in eine gefährlichere Stimmung verwandeln würden. Es war nur allzu klar, daß er gänzlich skrupellos und vollständig unter der Herrschaft der Marskes war, die ihn für den gegenwärtigen Streich vorzüglich bezahlten.

Aber sie machte von seiner Erlaubnis Gebrauch und ging auf Deck. Als sie sich umsah, wurde sie bald inne, daß sie bei der Mannschaft nicht auf Hilfe zu rechnen haben würde. Eine hübschere Serie von Galgenvögeln und Halsabschneidern hätte man sicherlich in keinem Seehafen der Welt auftreiben können. Mit Ausnahme eines betrunkenen schottischen Maschinisten und des halb vertrottelten irischen Maats waren es lauter Ausländer, Spanier, Griechen und Indier.

Der Nebel, den Janet früh am Morgen wahrgenommen hatte, war nun ganz zerteilt, und die Sonne brannte heiß von einem kupferigen Himmel herab, als der „Nachtschatten" seinen Weg zum Kanal hinunter nahm. Seine Maschinen waren entweder keiner großen Geschwindigkeit fähig oder Kapitän Belcher ließ sich Zeit, denn es wurde Mittag, bevor sie Dungeneß passierten, und Janet wußte, daß es ganz spät nachmittags werden würde, bevor sie nach Bringhton kamen, wo die verhängnisvolle Weisung Marskes geöffnet werden sollte.

Um ein Uhr wurde das Mittagsmahl serviert, unter denselben äußeren Umständen wie das Frühstück, nur mit dem beunruhigenden Unterschiede, daß der Kapitän augenscheinlich am Morgen getrunken hatte. In der Tat hatte Janet gesehen, daß Antonio, der Steward, häufige Besuche auf der Brücke mit einer schwarzen Flasche und einem Glase machte; und die Wirkung auf Belcher war, daß er mürrisch und schweigsam war, sein Mahl gierig verzehrte und den rotköpfigen Maat beschimpfte, den er nicht leiden zu können schien.

Er sprach Janet nur einmal an, und zwar, als er sich vom Tisch erhob. Auf die Brusttasche seines Rockes klopfend, sah er sie seltsam an und sagte:

„Sie sind wohl neugierig, was in den versiegelten Befehlen steht — nicht? Nun, ich auch... Was würden Sie dazu sagen, wenn wir jetzt öffnen wollten?... Der alte Schwindler Gideon wird es nie erfahren. Wollen Sie die Gelegenheit beim Schopfe packen?"

„Sie können natürlich handeln, wie Sie wollen," erwiderte das junge Mädchen. „Aber nach meinen Erfahrungen mit Sir Gideon würde ich es für ratsamer halten, den Zeitpunkt abzuwarten, den er Ihnen bezeichnet hat. Er hat ein Talent, alle Dinge herauszufinden."

Kapitän Belchers Antwort war ein verdrießliches Brummen; aber dann überlegte er es sich und ging an Deck, ohne irgend einen weiteren Vorschlag über das Oeffnen der Befehle zu machen, und Janet hatte wieder eine kurze Gnadenfrist gewonnen. Sie hatte keine Eile, diesen verabscheuungswürdigen Menschen im vollsten Besitze von Sir Gideons Vollmachten betreffs ihrer Person zu wissen, und der Augenblick, in dem sich Belcher in einer trunkenen Gereiztheit befand, schien ihr überdies der allerungünstigste.

Während des ganzen heißen Nachmittags betete Janet im stillen, daß eine der vielen weißbeschwingten Jachten, die hier und dort auftauchten, in Rufweite kommen möge; aber bald bemerkte sie, daß Kapitän Belcher geschickt solcher Möglichkeit vorbeugte. Das Schiff wurde von der Brücke aus gesteuert, und wenn es in die Nachbarschaft anderer Barken geriet, dann nahm der Kapitän dem Steuermann das Rad ab und lenkte es selbst. Einmal, als eine schmucke Barke so rasch vorwärts schoß, daß ihr flinker Lauf sie fast neben den „Nachtschatten" brachte, suchte er Janets Blick und machte ihr ein Zeichen mit der Hand, daß sie sich umwenden solle; sie tat es, und es fiel ihr schwer, einen Aufschrei zu unterdrücken: hinter der Schutzwehr kriechend, so daß er für die Jacht unsichtbar blieb, und nur zwei Fuß von ihr entfernt, befand sich einer der schwarzbraunen Spanier, und eine blanke Klinge funkelte in seiner Hand.

So ließ sie die Jacht mit ihrer Ladung von lachenden jungen Mädchen und eleganten jungen Leuten vorbeischießen, ohne den Hilferuf lautwerden zu lassen, der ihr auf den Lippen geschwebt hatte. Der Spanier entfernte sich mit einem teuflischen Lächeln, und nach diesem Zwischenfalle gab Janet jede Hoffnung auf Rettung durch vorüberfahrende Schiffe auf und betrachtete betrübt die grüne Küstenlinie von Sussex, die an ihr vorbeizog.

Es war gegen sechs Uhr, als Belcher von der Brücke herunterkam und auf eine Reihe von Fenstern und Dächern wies, die zwei Meilen entfernt im Sonnenschein glänzten.

„Das ist Brighton," sagte er mit grimmiger Betonung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Amerikas Haltung.

Washington, 29. Jan. Die Angelegenheit der Schuldenregelung in England ist durch eine unvorsichtige Aeußerung des Finanzminister Baldwin komplizierter geworden. Die öffentliche Meinung ist aufgebracht durch ein Interview Baldwins, in dem er die Kongreßmitglieder aus dem Westen als „ländlich" bezeichnete. Der Leitartikel des Washingtoner Star trägt die Ueberschrift „Baldwin verplappert sich" und führt aus, man könne schwer den Aerger richtig abschätzen, den die unsinnige Aeußerung Baldwins ausgelöst habe. Seine Aeußerung würde die Schwierigkeiten noch vermehren, die sich so schon einem erfolgreichen Abschluß der Schuldenverhandlungen entgegenstellt.

Senator Borah verlangt Amerikas Eingreifen.

Newyork, 29. Jan. Die Hearstpresse veröffentlicht ein Rundschreiben des Senators Borah, das betont, die auswärtigen Fragen seien nicht allein europäische, sondern auch amerikanische Fragen und berühren unmittelbar die Lebensinteressen Amerikas. Das Schicksal Mitteleuropas müsse nun gestaltet werden und es sei die Pflicht Amerikas, aktiv in die Ruhrkrise einzugreifen. Es handle sich nicht mehr um die Reparationen allein, sondern es gehe um die Zerstörung eines großen Volkes. Der Untergang Deutschlands würde ein sehr großer Verlust für alle Schichten des amerikanischen Volkes bedeuten. In diesen Gedankenzügen wird sich auch die neueste Rede Borahs im Senat bewegen, in der er auf das Eingreifen Amerikas drängen wird.

Die Pariser Tagung des Völkerbundsrats.

Paris, 29. Jan. Der Völkerbundsrat wird heute vormittag 11 Uhr im Luxemburg-Palais zusammentreten. Viviani wird bei der Tagung, die auf 10 Tage berechnet ist, den Vorsitz führen. In erster Sitzung wird die Frage der Reihenfolge der Arbeiten behandelt. — Der zur Völkerbundstagung hier eingetroffene schwedische Ministerpräsident Branting hat gestern Poincare einen Besuch abgestattet.

Deutscher Protest beim Völkerbund.

Deutschland hat wieder einmal beim Völkerbund Verwahrung eingelegt. Aber es handelt sich nicht, wie man zunächst glauben mochte, um einen Protest, gegen den ruchlosen Bruch des Friedensvertrages durch die französische Besetzung des Ruhrgebietes, sondern gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet. Etwas Gutes ist uns von diesem Völkerbund noch nie gekommen; all seine Taten und Entscheidungen haben bisher nur bewiesen, daß er ein Organ der Entente ist und überall und immer nur deren Interessen wahrt. Trotzdem darf Deutschland nicht müde werden, vor aller Welt immer und immer wieder vernehmlich seine Stimme zu erheben und Verwahrung einzulegen gegen die zahllosen Rechtsbrüche, unter denen es zu leiden hat. So wendet sich denn auch dieser deutsche Protest vornehmlich gegen die Tatsache, daß entgegen dem Vertrag von Versailles, der eine örtliche Gendarmerie für das Saargebiet vorsieht, nun schon drei Jahre lang an deren Stelle französische Truppen die Ordnung aufrecht erhalten. Abgesehen von allen anderen Mißlichkeiten und Beschwernissen, die das französische Militär mit sich bringt, ist dessen Verwendung einfach unvereinbar mit der Tatsache, daß im Jahre 1935 vertragsmäßig eine Volksabstimmung im Saargebiet über den endgültigen Besitz des Landes durch Deutschland oder Frankreich stattzufinden hat. Das Ergebnis dieser Volksabstimmung ist vorauszusehen, wenn in dem Abstimmungsgebiet französische Truppen mit der Aufrechterhaltung der Ordnung betraut sind. Außerdem widerspricht diese Truppenhaltung auch der vertraglich zugesicherten Selbständigkeit der Verwaltung. Die Ausreden der saarländischen Regierungskommission werden mit Recht in der deutschen Note mit Spott gegeißelt. Man wird einigermaßen gespannt darauf sein dürfen, wie sich der Völkerbund zu diesem erneuten Protest stellt. Nach den von ihm bisher geleisteten Taten ist die Hoffnung leider sehr gering, daß er energisch durchgreifen und uns die wenigen Rechte, die uns der Friedensvertrag läßt, wahren wird.

Der Druck auf Polen.

Warschau, 28. Jan. In den letzten Tagen wird von gewisser Seite unter dem Einfluß Frankreichs erneut auf die Teilnahme Polens an der französischen Sanktionspolitik hingearbeitet. Kurjer Porranije wendet sich gegen diese Bestrebungen, da Deutschland, wie es meint, glücklich wäre, wenn es einen Vorwand fände, sich auf Polen zu stürzen, um sich dadurch für die französische Ruhraktion zu rächen. Damit würde Polen aber nicht Frankreichs Interessen sondern nur den großen internationalen Finanzmächten dienen. Auch die Regierung Sikorski kämpft wie unserm Berichterstatter von unterrichteter Seite versichert wird, mit aller Macht gegen diese Strömung, da sie die Gefahr nicht verkennt, die Polen aus einer Abenteurerpolitik erwachsen könnte. Polen werde nur dann eingreifen, wenn es auf Grund seiner Verträge von Frankreich dazu gezwungen würde. Auch irgend eine Unterstützung Frankreichs durch Polen, wie eine Entsendung von Arbeitern ins Ruhrgebiet wird hier von maßgebender Stelle abgeleugnet.

Ein neues Sozialgesetz.

w Nachdem sich die gesetzgebenden Körperschaften eingehend mit dem Entwurf der Regierung über die Regelung der gewerblichen Arbeitszeit beschäftigt haben und aus dem Chaos des Für und Wider in den Meinungen sich als Ergebnis die Ablehnung des **schematischen** Achtstundentages immer mehr herauszuheben scheint, wird dem Reichstag in nächster Zeit ein Regierungsentwurf zugehen, der die **Arbeitszeit der Angestellten** regeln soll. In den 26 Paragraphen des Entwurfs finden sich mit geringfügigen Abweichungen so ziemlich alle jene Punkte wieder, die schon in den schier endlosen Debatten und Gutachten anläßlich der Beratung über den gewerblichen Achtstundentag zur Kritik Anlaß geben. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auch der Angestellten muß zweifellos als ein neuer Zwang und eine neue Einengung der jeder Förderung so dringend bedürftigen Wirtschaft in unserer Notperiode aufgefaßt werden und wird auch in der richtigen Erkenntnis, daß nur hingebende Arbeit den Wiederaufbau unserer zertrümmerten Wirtschaft gewährleistet, von den meisten Angestellten als solche empfunden. Außerdem rennt der Gesetzentwurf mit dem ausdrücklichen Verbot unbezahlter Ueberarbeit offene Türen ein. Wir stehen ja bekanntlich im Zeitalter der sozialen Aufklärung und dürfen wohl dessen ziemlich sicher sein, daß selbst am entlegensten Orte des Reiches und im kleinsten Betriebe die von gewissen Kreisen bedingungslos gepriesene Errungenschaft der achtstündigen Arbeitszeit nicht ohne weiteres preisgegeben wird. Sodann wird eine starre Festlegung der Angestelltenarbeitszeit schon im Hinblick auf die für jede Betriebskategorie und die jeweiligen Ortsverhältnisse verschiedene Zweckmäßigkeit sich bald als recht drückend und den Betrieb hemmend bemerkbar machen. Hier wäre es angebracht, wenn die Arbeitszeit der Angestellten durch entsprechende Einfügungen in die örtlichen Tarifverträge geregelt würde, da diese ja jede Eigenheit, sei es einer Gegend, sei es eines Berufes viel weitgehender berücksichtigen können als ein im ganzen Reiche in gleicher Fassung gültiges Gesetz. Im übrigen enthält der Entwurf so ziemlich alle schon bisher im Rahmen der Angestelltenverträge berücksichtigten Verbindlichkeiten. Der Paragraph 7 verbietet den Angestellten ausdrücklich, eine andere Beschäftigung neben ihrer 48stündigen Arbeitswoche zu übernehmen; auch darf ein Arbeitgeber eine solche Beschäftigung nicht zulassen. Zweifellos wird hier ein Gesetz vorbereitet und vom Reichsarbeitsministerium gefördert, das einen weiteren, in seiner Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben nicht zu unterschätzenden Schritt zur Nivallierung und Uniformierung unserer Arbeitsleistung bedeutet. Wie im gewerblichen Produktionsprozeß, so ist auch in den mit ihm zumeist eng verbundenen kaufmännischen oder technischem Wirtschaftsbetrieb eine Schematisierung der Arbeitszeit kaum durchführbar. Daß die Ueberarbeit bezw. Mehrleistung **umsonst** geleistet wird, verlangt niemand. Wo sie aber aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen geleistet werden **muß,** um die Aufrechterhaltung des Betriebes zu gewährleisten und ihn den zeitlichen und örtlichen Erfordernissen entsprechend zu fördern, da soll man nicht durch eine zumeist einseitige und starre Gesetzgebung das erfreulicherweise immer noch kräftig pulsende Leben unserer Wirtschaft künstlich unterbinden.

Neue Erhöhung der Postgebühren ab 1. März.

Berlin, 27. Jan. Wie wir hören, steht für den **1. März eine neuerliche Erhöhung der Postgebühren auf das Doppelte bevor.** Es würde dann der einfache Fernbrief 100 Mark kosten. Die neue Erhöhung mit der sich der Verkehrsbeirat am 6. Februar beschäftigen soll, ist durch die Geldentwertung notwendig geworden. Ohne die Erhöhung würde sich das Defizit der Reichspostverwaltung von 202 Milliarden auf 500 Milliarden in diesem Rechnungsjahr erhöhen. — Bei den Eisenbahnen tritt am 1. Februar die bereits angekündigte **Erhöhung der Personentarife auf das Doppelte ein.** Die Erhöhung der Gütertarife ist erst für einen späteren Termin in Aussicht genommen.

Hunderttausende können geben, Millionen müssen gegeben werden für die

Notgemeinschaft.

Jeder gebe monatlich einen kleinen Teil seines Einkommens.

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt
1000 Mark.

Ein englischer Rekord — eine deutsche Leistung.

Die Nachricht ging durch alle Blätter der Welt, der englische Dampfer „Majestic" habe mit seiner Ueberfahrt von Newyork nach Eherbourg in 5 Tagen, 6 Stunden und 13 Minuten einen neuen Schnelligkeitsrekord aufgestellt. Wer aber hat in englischen Blättern gelesen, daß diese „Majestic" von deutschen Schiffsbau-Ingenieuren auf einer deutschen Werft auf Rechnung einer deutschen Reederei gebaut worden ist? Die „Majestic" ist nichts anderes als der frühere **„Bismarck"** der Hapag, das Schiff der Imperatorklasse, das Blohm und Voß erbauten. Es ist nur zwangsweise an die Entente abgetreten worden. Als Engländer braucht man das ja vielleicht nicht zu wissen, aber als Deutscher darf man doch wohl stolz darauf sein, daß die Engländer mit deutschen Fabrikaten Rekorde erringen!

Der Faszismus auch in Mexiko.

Nachdem in Italien, Amerika und England mehr oder weniger starke faszistische Bewegungen zu Tage getreten sind, kommt auch aus Mexiko folgende Meldung: „In fast allen Teilen der Republik findet die faszistische Bewegung neue Anhänger. Wenn auch zur Zeit noch nicht mit dem Faszismus als Macht in Mexiko gerechnet werden kann, so scheint er doch berufen, dem übertriebenen Syndikalismus in Mexiko einen Damm entgegenzusetzen. Mit dem Erstarken der Bewegung dürfte es über Kurz oder Lang zu einem politischen Kampf zwischen beiden Richtungen kommen, über dessen Ausgang man heute noch nichts sagen kann." Es zeigt sich also allerorten die Abwehr von der internationalen Lüge und die Rückkehr zum nationalen Gedanken. Bei uns in Deutschland haben die letzten Kundgebungen gegen die französische Raubpolitik gleichfalls gezeigt, daß wir bereits mitten in einer nationalen Strömung sind, die vor allem auch die Arbeiterschaft erfaßt hat. Je nach der Seele des einzelnen Volkes wechseln die Formen der Bewegungen, der Kern ist aber überall der gleiche: Die Erkenntnis, daß nur im vaterländischen Gedanken die Zukunft der Völker liegt.

Baden.

Eine wertbeständige Kapitalanlage.

Die Tugend der Sparsamkeit, die in Friedenszeiten nicht nur für Handel und Industrie unterstützend wirkte, sondern schon durch ihre Art volkswirtschaftlich bedeutungsvoll war, geht in der heutigen Zeit des sinkenden Geldwertes immer tiefere Bahnen der Vernichtung. Ist es da zu verwundern, wenn man durch Herausgabe von Roggenrentenbriefen, von Kohlenwertanleihen ein wertbeständiges Papier schaffen will? So bringt auch die Badische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H. Karlsruhe eine neuartige wertbeständige Anlagemöglichkeit zur Einführung und zwar durch die Hereinnahme von Spareinlagen aufgrund des Weizenwertes. Die von der Bank für die Einzahlung ausgestellten Schuldscheine lauten nicht auf einen bestimmten Markbetrag, sondern auf einen, zwei, drei usw. Zentner Weizen. Für die Umrechnung ist der am Einzahlungstag gültige Marktpreis maßgebend. Derselbe ist im Banklokal durch Aushang jederzeit zu erfahren. Die Verzinsung erfolgt zu 5 Prozent und zwar halbjährlich mit je 2½ Pfund pro Zentner Weizen. Die Auszahlung der Zinsen geschieht jeweils am Stichtage in deutscher Reichswährung unter Zugrundelegung des Durchschnittsweizenwertes des Monats Juni bezw. Dezember. Die Spareinlage ist seitens des Gläubigers, wie auch der Bank jederzeit mit halbjährlicher Frist auf Monatsende kündbar. Die Rückzahlung erfolgt dann zum Durchschnittsweizenpreis des Fälligkeitsmonats. Die Rücksicherung der Bank besteht in der Weitergabe der eingezahlten Werte als Darlehen unter gleichen Voraussetzungen an die ihr angeschlossenen großen landw. Genossenschaften, welche eigene Warenlager unterhalten. Die Anlehen werden von den Genossenschaften als Warenvorräte, wenn auch nicht ausschließlich in Weizen, so doch in eng damit verbundenen Produkten, wie Mehl und Futtermittel versilbert, und bieten so die Möglichkeit bei hoch- und abgängiger Konjunktur die übernommenen Verpflichtungen zu garantieren. Wenn auch diese Art der Kapitalanlage zum Schutze vor der Geldentwertung nicht die in Vorkriegszeiten gebotene Stabilität bilden kann, so ist sie doch ein Mittel zur Hebung der Sparsamkeit, die unserem Volke heute recht not tut.

Aus Nah und Fern.

= **Sinsheim,** 29. Januar. (Radfahrer-Verein.) Am vergangenen Sonntag veranstaltete der hiesige Radfahrerverein im Löwensaale einen gut besuchten Unterhaltungsabend, verbunden mit Theateraufführung und Gabenverlosung. Die besonders ausgesuchten Theaterstücke: „Der Meisterschaftsfahrer", „Der Brautschatz" und „Die gestohlene Kuh" wurden von den Mitgliedern des Vereins aufgeführt und fanden großen Beifall. Der gelungene Vortrag: „Ja das Radeln ist famos", vorgetragen von dem jüngsten Mitglied Karl Zeier (9 Jahre alt), sowie die verschiedenen, von Mitgliedern des Vereins vorgetragenen Couplets, erfreuten ebenfalls alle Anwesenden. Voraussichtlich werden auf allgemeinen Wunsch die Theaterstücke nochmals zur Aufführung gelangen, wobei der Erlös restlos den Bedrängten im Ruhrgebiet überwiesen werden soll. Genaue Zeit wird noch bekannt gegeben.

* **Sinsheim,** 30. Jan. (Geltungsdauer von Eisenbahnfahrkarten.) Auch bei der zum 1. Februar bevorstehenden Verdoppelung der Fahrpreise können z. B. die am 31. Januar gelösten einfachen Fahrkarten noch bis zum 3. Februar weiterbenutzt werden. Zur Vermeidung von Mißhelligkeiten wird jedoch ausdrücklich bemerkt, daß die Fahrt innerhalb der viertägigen Giltigkeit der Karten zu Ende geführt sein muß. Es genügt nicht, daß sie innerhalb der Geltungsdauer lediglich angetreten ist. Die Giltigkeit der Karte erlischt um 12 Uhr Mitternacht des vierten Geltungstages. Dauert die Eisenbahnfahrt fahrplanmäßig hierüber hinaus, so muß für die Reststrecke die nach 12 Uhr Mitternacht gefahren wird, eine neue Fahrkarte zum erhöhten Fahrpreis nachgelöst werden, wozu unter Umständen der tarifmäßige Preisaufschlag für Reisende hinzutritt, die mit ungültiger Fahrkarte betroffen werden.

≌ **Sinsheim,** 26. Jan. (Wiederaufleben der Spinnräder.) Schon im Vorjahr haben Geistliche in Pommern angeregt, daß man sich wieder der fast vergessenen Spinnräder annehme. Die Anregung fiel deshalb auf guten Boden, weil die Spinnräder bei den Gemeindeabenden vorgeführt und empfohlen wurden. Jetzt kommen auch in anderen Gegenden die Spinnräder wieder zum Vorschein. In der Lausitz ist es üblich geworden, seine Wolle wieder selbst zu spinnen! Auch in hiesiger Gegend wurde früher viel gesponnen und die Spinnräderfabrikation war hier einmal die einzige Versand-Industrie. Vielleicht lebt die Spinntätigkeit auch hierzulande wieder auf, bevor die Spinnkundigen aussterben.

* **Sinsheim,** 29. Jan. (Was ein Kupferpfennig wert ist.) In Berlin werden im Handel für einen alten Kupferpfennig 29 Mark in Papier gezahlt.

* **Neckarbischofsheim,** 27. Jan. (Notgemeinschaft.) Aus der Sammlung für die Notgemeinschaft kommen im Ganzen 49 000 Mark zur Verteilung an hiesige Bedürftige. Die Beträge wurden einheitlich auf 1000 Mark festgesetzt.

∽ **Reichartshausen,** (Gestohlene Werkzeuge.) Hiesige Waldarbeiter hatten am letzten Samstag nach getaner Arbeit ihre Beile und Sägen, um sie nicht nach Hause tragen zu müssen unters Reisig versteckt. Nicht gering war ihr Erstaunen als sie am Montag wieder zur Arbeit kamen und ihr Werkzeug spurlos verschwunden war. Von den Dieben der zwei großen Beile und Stammsägen hat man keine Spur.

∅ **Rappenau,** 29. Jan. (Holzpreise.) Der Richtpreis für erstklassiges Buchenscheitholz wurde von der Forstbehörde von seither 8000 auf 12 000 Mark per Ster erhöht, die anderen Holzarten sind entsprechend niederer festgesetzt worden.

∅ **Rappenau,** 29. Jan. (Zur Nachahmung empfohlen!) Von dem Personal des hiesigen Postamts, der Postagentur Babstadt und einem Ruhegehaltsempfänger wurden 2 v. H. des Monatsgehaltes für das deutsche Volksopfer (Ruhrhilfe) mit 15 500 Mark gezeichnet und der Oberpostdirektion zur Verfügung gestellt.

p **Mannheim,** 29. Jan. (Geflüchtete Rheinschiffer.) Dem Maschinenpersonal des Dampfers „Stinnes" ist es gelungen, zu entfliehen. Das Personal war von den Franzosen auf dem von ihnen beschlagnahmten Dampfer festgehalten worden. Nachdem die französische Besatzung in der Nacht zum Samstag dem Alkohol zu stark gehuldigt hätte, war sie im Kesselraum eingeschlafen. Ein Heizer der deutschen Besatzung merkte dies und schloß die Franzosen ein. Daraufhin packte das Maschinenpersonal seine Sachen, ergriff die Flucht und kam wohlbehalten im unbesetzten Gebiet an. Der Kapitän und der 1. Maschinist haben die Flucht nicht mitgemacht. — In den letzten Tagen versuchten die Franzosen deutsche Mannschaft für die Rheinschiffe zu werben. In Ludwigshafen wird der „Volksstimme" zufolge unter den von der Anilinfabrik nicht wieder eingestellten Arbeitern eine rege Werbetätigkeit entfaltet, die auch bereits einen, wenn auch geringen Erfolg zu verzeichnen hatte.

b **Wertheim,** 27. Jan. (Zwei Personen ertrunken.) Auf dem Main ereignete sich ein schweres Unglück. Bei Heidungsfeld geriet ein mit Sand beladener Kahn in den Wellenschlag eines Schleppdampfers, füllte sich mit Wasser und sank. Der 32jährige Sandgeschäftsinhaber Paul Maurer aus Würzburg und sein 16jähriger Bruder ertranken.

p **Karlsruhe,** 29. Jan. (Ein Warenlager gestohlener Gegenstände) hat die Polizei aufgedeckt. Die Sache kam dadurch ans Tageslicht, daß ein Chorsänger aus Loesfeld durch große Geldausgaben auffiel. Die Nachforschungen bei einer Verwandten von ihm, einer Kaufmannsehefrau aus Beiertheim, die seit 25 Jahren in einem hiesigen Warenhaus als Verkäuferin tätig ist, führten zu der Entdeckung, daß die Wohnung des Kaufmanns mit gestohlenen Waren im Werte von über 1½ Millionen Mark angefüllt war. Die Kaufmannsehefrau hatte die Waren gestohlen und der Chorsänger hatte sie verkauft. Beide wurden verhaftet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

t **Oeschelbronn**, 28. Jan. (Verdächtige Ware.) Die Gendarmerie beschlagnahmte bei einem Mann aus Huchenfeld bei Pforzheim etwa 70 000 Mark und eine größere Menge Schellack. Die Untersuchung über die Herkunft des Schellacks ist eingeleitet.

b **Oberkirch**, 24. Jan. (Unfall.) Beim Langholzwenden im Reichenbächle wurde der Waldarbeiter Felix Schmid von einem ins Rollen geratenen Baumstamm totgedrückt.

t **Offenburg**, 25. Jan. (Hochherzige Spende.) Wie das „Offenburger Tagblatt" hört, ist der Höheren Mädchenschule durch Freunde der Schule in Amerika ein Betrag von 400 000 Mark zugegangen. Durch diese hochherzige Spende ist die Schule in die Lage versetzt, noch in weit größerem Maße als bisher, bedürftigen, braven, begabten Schülerinnen Bücher und sonstige Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Ettenheim, 26. Jan. (Unterschlagungen im Kommunalverband.) Wegen der Unterschlagung im Kommunalverband wurden bis jetzt vier Verhaftungen vorgenommen. Die Erregung in der Bevölkerung, in der schon lange über die ungehörigen Vorgänge gemunkelt wurde, ist groß, besonders da bekannt wird, daß im ganzen 600 Zentner Mehl veruntreut worden seien, eine Menge, um die die Verbraucher gekürzt sind.

t **Seelbach**, b. Lahr, 29. Jan. (Beim Rodeln verunglückt.) Das neunjährige Töchterchen der Witwe Munz ist beim Rodeln derart schwer verunglückt, daß es gestorben ist.

t **Schallstadt**, 29. Jan. (Von der Lokomotive erfaßt.) Als ein Bahnbeamter einem verspäteten Fahrgast beim Einsteigen in den fahrenden Zug helfen wollte, wurde er von der Lokomotive eines Güterzuges erfaßt und so schwer verletzt, daß er starb.

t **Zell-Weierbach**, 26. Jan. (Verunglückt.) Beim Rodeln verunglückte gestern abend der hier wohnhafte Otto Vieser, indem er den rechten Fuß unter den Schlitten brachte und einen Beinbruch erlitt.

t **Tennenbronn**, 26. Jan. (Einstellen des Backens.) Hier haben die hiesigen Bäckermeister das Backen eingestellt. Der Grund liegt darin, daß es ihnen nicht mehr möglich ist, die hohen Holzpreise zu erschwingen. Auch ein Zeichen unserer Zeit, daß inmitten im holzreichen Schwarzwald die Bäcker wegen zu teuren Holzpreisen streiken müssen.

p **Gmünd**, 24. Jan. (Ueberfall.) Ein hier bedienstetes 21 Jahre altes Dienstmädchen aus Zimmern hat am Sonntag seine Angehörigen besucht. Auf dem Rückweg abends wurde es zwischen Hussenhofen und Gmünd beim Hussenhofener Wehr von zwei Burschen angehalten, die ihm das Geld abverlangten. Das Mädchen weigerte sich, dieses herauszugeben und ging die Böschung hinunter, verfolgt von den frechen Räubern, die es zu Boden und schließlich in das Hussenhofener Wehr warfen an einer Stelle, wo dieses zwei Meter tief ist. Dann überließen sie die Unglückliche ihrem Schicksal. Glücklicherweise konnte sich das Mädchen, solange die Kleider noch nicht Wasser angezogen hatten, am Schilf festhalten und so ans Ufer retten, Die Geldtasche wurde an der Ueberfallsstelle wieder gefunden.

Neustadt a. H., 24. Jan. (Ein Ururgroßvater.) Ururgroßvater geworden ist der 94jährige Altwinzer Johann Weintz von Haardt. Sein Schwiegersohn, der Winzer Joh. Kaub, darf sich rühmen, Urgroßvater zu sein. Er hat einen verheirateten Sohn und dieser eine Tochter, die an den Chauffeur Reichle verheiratet ist und letzter Tage erneut einem Kinde das Leben gegeben hat. Vier lebende Generationen!

t **Von der bayerischen Grenze**, 23. Jan. Die 70 Jahre alte Privatiere Maria Hölzle in Kempten stürzte infolge eines Fehltritts die Treppe herunter und blieb dort blutüberströmt liegen. Sie erlag den Verletzungen. — Ein in der Eisenbahnbetriebswerkstätte Rosenheim beschäftigter Hilfsarbeiter stahl aus seiner Werkstätte 188 Pfund Kompositionsmetall, das einen Wert von 1 220 000 Mark darstellt. Der Mann wurde festgenommen.

t **Schwabach**, (Bayern), 30. Jan. (Die deutsche Not.) Hier hat dieser Tage die erste sarglose Beerdigung stattgefunden. Ein armer alter Mann mit 76 Jahren starb im dortigen Bezirkskrankenhaus und wurde in einem — Papiersack der Erde übergeben.

t **Berlin**, 24. Jan. (Im Kaffeehaus totgeschossen.) Im Grand-Cafe Schöneberg sind am Montag kurz nach Mitternacht zwei Gäste wegen einer Damenbekanntschaft in Streit geraten. Der eine von ihnen, der Kaufmann Erich Wittke, zog einen Browning aus der Tasche und schoß auf seinen Gegner. Er gab etwa ein halbes Dutzend Schüsse ab, durch die der andere im Unterleib und Brust schwer verletzt wurde. Es handelt sich um den Börsenmakler Helmuth Eechberger, der leblos zusammensank. Während der Arzt noch beschäftigt war, ihm Notverbände anzulegen, starb er. Die Schießerei hatte im Cafe natürlich große Aufregung hervorgerufen. Der Täter wurde sofort ergriffen und dem herbeigerufenen Beamten der Schutzpolizei übergeben.

t **Hamburg**, 25. Jan. (Ein Stück Zucker 6 Mk. — eine Kaffeebohne 3 Mk.) Ein Leser der Hamburger Ztg. der in der höheren Mathematik gut beschlagen zu sein scheint, hat ausgerechnet, daß gegenwärtig ein einziges Stück Zucker etwa 6 Mark und eine Kaffeebohne 3 Mark kostet.

t **Rotterdam**, 26. Jan. (Doppelte Buchführung.) In den Laden einer kleiner Modistin in Rotterdam schwebt eine reizende kleine Schauspielerin. Eine Parfümwolke schwebt ihr nach. Sie führt Verhandlungen wegen eines neuen kapriziösen Hutes, der besonders sensationell sein soll, um die Konkurrenz zu schlagen, aber „sehr, sehr billig muß er auch sein," betont die kleine reizende Schauspielerin. Nach langem Prüfen einigte man sich, und es wurde ein Hut gewählt, der nicht mehr als 50 Gulden kostet. Der Hut wird bezahlt, aber ehe die graziöse Dame hinausschwebt, meint sie zur Modistin: „Bitte, sind Sie aber jetzt so freundlich und stellen mir über diesen Hut zwölf Rechnungen aus, elf auf 100 Gulden für meine Freunde und eine auf 300 Gulden für meine Kolleginnen."

t **London**, 27. Jan. (Bär über Bord.) Dieser Ruf arlarmierte die Mannschaft des englischen Dampfers „Pear Branch", der sich bei stürmischem Wetter auf der Heimfahrt von Peru befand. Er hatte zwei junge Brillenbären an Bord. Vertreter einer seltenen Bärenart, die seit 50 Jahren im Londoner Zoologischen Garten, für den die Tiere bestimmt waren, nicht mehr vertreten gewesen ist. Während die Sturzwellen über das Schiff rollten, hatte sich einer der Bären aus seinem Käfig befreit, und die Matrosen bemühten sich vergebens, das Tier einzufangen, das wild um sich biß und zwei der Verfolger auch verwundete. Der Bär kroch rasch in der Takelung empor und fiel beim Rollen des Schiffes in die See. Die Maschinen wurden sofort gestoppt und das Schiff beigedreht; aber alles Suchen nach dem davonschwimmenden Flüchtling war vergebens. Der andere Bär ist inzwischen wohlbehalten im Londoner Zoologischen Garten eingetroffen.

t **London**, 26. Jan. (Spiritismus und Diagnose.) In London starb kürzlich ein gewisser Hammertemburg, der letztwillig der Londoner Spiritistischen Gesellschaft eine Summe von 3000 Pfund Sterling mit der Bedingung hinterließ, eine Schule zu gründen, in der spiritistische Medien beiderlei Geschlechts ausgebildet werden sollen. Der Erblasser empfahl vor allem die Aufmerksamkeit darauf zu richten, Medien auszubilden, die befähigt sind, Krankheiten, die die Aerzte nicht zu entdecken vermögen, zu diagnostizieren. Zwei Krankenhäuser denen der Verstorbene gleichzeitig bedeutende Beträge hinterlassen hat, haben jetzt die Gültigkeit der der spiritistischen Gesellschaft überwiesenen Erbschaft angefochten, so daß sich das Gericht mit dieser Angelegenheit zu befassen hat.

Wirtschaftliche Rundschau

des „Landboten".

Nach dem Stande vom 28. Januar 1923. (Nachdruck verboten.)

Allgemeine Lage. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen läßt die Zukunft der Wirtschaftslage in Deutschland vorerst noch völlig unabsehbar erscheinen. Das Ziel der Franzosen geht allein darauf hinaus, sich die Wirtschaftskräfte des Ruhrgebietes, und im weiteren Sinne ganz Deutschlands, zinsbar zu machen. Es ist heute noch nicht zu erkennen, wer aus diesem furchtbaren Kampfe als Sieger hervortreten wird.

Geldmarkt. Durch die fortschreitende Markentwertung rücken wir immer näher an die österreichische und polnische Währung heran. In Erwartung der weiteren Entwicklung der politischen Verhältnisse blieb in der abgelaufenen Woche der Devisenmarkt ziemlich ruhig und abwartend. In Finanzkreisen herrschte zur Stunde keine zuversichtliche Stimmung. Ohne die politische Entwicklung erkennen zu können, sieht man doch daß ein hartnäckiger Wirtschaftskampf entstanden ist, der auf alle Fälle sich sehr kostspielig gestalten wird.

Handel und Industrie. Unter den Ereignissen im Ruhrgebiet hat die gesamte deutsche Industrie zu leiden. — Die fortdauernden Steigerungen der Devisenpreise, welche verbunden mit einem Sturm auf Waren ein bedeutendes Anziehen der Warenpreise zur Folge hatten, bewirkten wieder eine starke, Steigerung der Kreditbedürfnisse der Industrie und des Handels. — Die Einfuhr von Rohmaterialien, Lebensmitteln und nötigen Gebrauchsgegenständen ist gegenwärtig auf ein Mindestmaß beschränkt. Deutschland muß durch seine schlechte Valuta gewissermaßen sich selbst blockieren. — Nach der Statistik arbeiten in der Schuhindustrie 50 Prozent der beschäftigten Arbeiter verkürzt, teilweise nur bis zu 3 Tagen in der Woche.

Kohlen. Vorläufig scheinen Befürchtungen für ernstere Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung nicht am Platze zu sein. Letztere kann noch auf längere Zeit als gesichert angesehen werden. Die deutschen Unternehmer haben auch erfolgreiche Schritte getan, um die für die Produktion notwendige Kohle im Ausland zu beschaffen. In Frage kommt in erster Linie englische Kohle. Weiter werden die deutschen Braunkohlengebiete voraussichtlich auch berufen sein, einen Teil des Ausfalls an Steinkohle im Ruhrgebiet zu decken.

Holzmarkt. Der Bedarf an Nadelrundholz hält wohl an. zumal die Mehrzahl der Werke nur unzulänglich mit Rohware versorgt ist, doch ist man beim Einkauf wesentlich vorsichtiger geworden. Das Geschäft in Nadelholzschnittware stagnierte. Der Einkauf war unbedeutend. Die Verkaufsmöglichkeiten an Möbelfabriken, Großtischlereien, Industriewerke sind sehr eingeschränkt. Die Industrie ist übterhaupt in ihrer Holzeinkaufstätigkeit heute äußerst vorsichtig. Nur die Waggonfabriken haben ständigen Bedarf.

Warenmarkt. Eine Folge der Ruhrbesetzung ist in der ungeheuren Steigerung der Roheisenpreise des Eisenwirtschaftsbundes zu erblicken. So sind im Durchschnitt für die 3. Januarwoche die Preise um 50 Prozent und für die 4. Woche um ungefähr 100 Prozent gegenüber den Preisen der 2. Januarwoche erhöht worden. — Der Reichskalirat wird am 30. Jan. die neuen Kalipreise festsetzen. — Die reguläre Büroschreibmaschine kostet jetzt 462 000 Mark. — Für die erste Februarhälfte ist mit einem erhöhten Zuckerpreis zu rechnen.

Landwirtschaft. Die Requisitionen der Franzosen an Stroh, Heu usw. sind derart maßlos, daß in dem neu besetzten Gebiete die Viehhaltung der Landwirte und mit ihr die Milchverversorgung vernichtet zu werden droht. — Ab 22. Januar sind Stickstoffdüngemittel in den Frachtausnahmetarif 11 aufgenommen. Dabei ist für deren Versand ein Frachtnachlaß von 10 Prozent festgesetzt.

Produktenmarkt. Der Verkehr steht noch vollständig unter dem Einfluß der Vorgänge im Ruhrgebiet. Die Stimmung ist für alle Artikel sehr fest, doch hält sich der Geschäftsumfang in bescheidenen Grenzen. Das Angebot ist trotz der ungemein hohen Preise kaum nennenswert.

Viehmärkte. Die Preise sind unaufhaltsam weiter in die Höhe getrieben worden. Infolge der hohen Forderungen war im allgemeinen der Geschäftsgang schleppend. Den Verbrauchern muß bei diesen unerschwinglichen Fleischpreisen nach und nach dem Atem ausgehen. Im unbesetzten Deutschland ist ein Schwarm skrupelloser Exporteure tätig, um große Viehaufkäufe für die französische Ruhrarmee durchzuführen.

Verkehr. Gegenüber dem Vorjahre hat der Güterverkehr der Reichsbahn im Jahre 1922 eine erhebliche Steigerung erfahren. Die Höchstziffer des Jahres 1922 im April mit 6146 Tonnenkilometer übersteigt sogar den Monatsdurchschnitt des Jahres 1913. — Die Fracht für frisches Obst, ausgenommen Südfrüchten und Weintrauben, ist um 50 Prozent ermäßigt worden. Die Maßnahme gilt für Stückgut-Wagenladungen bei Aufgabe als Eil- oder Frachtgut, bis 31. März. — Sämtliche Personen- und Gepäcktarife werden ab 1. Februar 1923 verdoppelt und gleichzeitig die Mindestentfernung für die Fahrpreisberechnung von 11 auf 9 Kilometer herabgesetzt. Eine Fahrkarte 4. Klasse kostet sonach mindestens 72 Mark, der Preis einer Bahnsteigkarte beträgt 40 Mark. — Infolge der Eingriffe der Besatzungsbehörde greift die Verwirrung im Verkehrswesen im Ruhrgebiet immer weiter um sich. Auch die Schiffahrt auf dem Rhein stockt zum größten Teil.

Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit hat auch in der abgelaufenen Woche weiter zugenommen, sodaß die Zahl der auf Kurzarbeit eingestellte Betriebe sich erheblich vermehrte.

Ausland. Die belgischen Wirtschaftskreise sind über den ungeheuren Sturz des belgischen Frankens stark beunruhigt. — In England sind alle für Januar verfügbaren Kohlenvorräte zur sofortigen Verschiffung nach Deutschland verkauft worden. — In Rußland werden 200 Waggon Getreide zum alsbaldigen Export nach dem Ausland zusammengestellt. Der Haupteinfuhrgegenstand Rußlands ist z. Zt. die Kohle, die fast 60 v. H. des gesamten Imports beträgt. — In den Vereinigten Staaten haben im letzten Jahre 22 400 Firmen Konkurs erklärt, das bedeutet gegenüber 1921 eine Zunahme um 11,9 Prozent, gegenüber 1920 um 164 Prozent.

Viehmarkt in Mannheim

am 29. Januar 1923.

Es waren aufgetrieben: 1153 Stück Großvieh, davon: 191 Ochsen, 205 Farren, 757 Kühe und Rinder, ferner 258 Kälber, 15 Schafe, 874 Schweine.

Preise für 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: 1. Klasse 130—140 000 Mk., 2. Klasse 120—130 000 Mk., 3. Klasse 100—115 000 Mk., 4. Klasse 90 000—105 000 Mk., Farren: 1. Klasse 110—120 000 Mk., 2. Klasse 100—110 000 Mk., 3. Klasse 80 000—100 000 Mk., Kühe u. Rinder: 1. Klasse 130—142 000 Mk., 2. Klasse 120—130 000 Mk., 3. Klasse 100—115 000 Mk., 4. Klasse 90 000—100 000 Mk., 5. Klasse 65 000—90 000 M., Kälber: 105—140 000 M., Schweine: 1. Klasse 220 000—230 000 Mk., 2. Klasse 215 000—225 000 Mk., 3. Klasse 210 000—220 000 Mk., 4. Klasse 200 000—210 000 Mk., 5. Klasse 180 000—200 000 Mk., 6. Klasse 180 000—200 000 Mk. Schafe: 60 000—80 000 Mk.

Marktverlauf: mit Großvieh, Kälbern lebhaft, geräumt; mit Schweinen ruhig, bleibt Ueberstand.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Amtliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma Baer & Elend, Karlsruhe.

5 % Kriegsanleihe	—	Allgem. El. Akt.	27 500
4 % Bad. Eisenb. Anl.	—	Paketfahrt „	47 500
3½% do. conv.	175	Nordd. Lloyd „	31 900
4 % Bayern	500	Phönix	77 000
4 % Württemberger	250	Bad. Anilin u. Soda Akt.	36 500
Mitteld. Creditbank Akt.	—	Deutsche Kali-Akt.	78 000

Devise **Amerika-Dollar** = ℳ **49 000.—**
„ Schweiz 1 Franc = ℳ 6200.—
„ Holland 1 Gulden = ℳ 13 100.—

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 4. Pferderäude betr.

Bei Gerhard Keller in Hilsbach ist die Pferderäude wieder erloschen.

Sinsheim, den 25. Januar 1923. **Bad. Bezirksamt.**

Nr. 5. Auswanderungsagenten betr.

Gemäß § 4 Abs. 1 der Verordnung vom 23. März 1898, das Auswanderungswesen betr., wird bekannt gegeben, daß **Abraham Seligmann, Kaufmann in Sinsheim** gemäß § 11 des Reichsgesetzes vom 9. Juli 1897 für seine Person die Erlaubnis erteilt worden ist, im Amtsbezirk Sinsheim bei Beförderung von Auswanderern aus Deutschland über Hamburg, Bremen und Antwerpen nach den Vereinigten Staaten von Amerika, von nichtdeutschen Auswanderern auch nach Kanada als Agent der Société Anonmyme de Navigation Belge-Americaine Red Star Line in Antwerpen, Bevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. Alfred Stammann in Hamburg, durch Vorbereitung von Beförderungsverträgen gewerbsmäßig mitzuwirken.

Sinsheim, den 26. Januar 1923. **Bad. Bezirksamt.**

Bekanntmachung.

Infolge der rapid steigenden Teuerung des **Monats Januar** sehen wir uns genötigt ab 1. Januar 1923 folgende Strompreise festzusetzen:

für Lichtstrom Mk. 450.—
für Kraftstrom Mk. 275.— pro K.W.

Elektrizitätswerk Sinsheim a. E.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Bestattung meines lieben Gatten, unseres guten Vaters, Groß- und Schwiegervaters

Johann Gamer

sagen wir herzlichen Dank. Besonderen Dank sei den beteiligten Vereinen für die letzte erwiesene Ehre und dem Herrn Pfarrer für seine trostreichen Worte gewidmet.

Rohrbach, den 28. Januar 1923.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Gamer.

Dixin
das dankbare Seifenpulver
Höchste Waschkraft
Größte Ergiebigkeit
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Zahle für
Maulwurfsfelle
weißledrig 2000 Mk. per Stück.
Gustav Weil, Häute und Felle, **Steinsfurt.**

Wir geben
Verzeichnisse unseres Antiquariatslagers nicht heraus.
Durch die Ersparnis der hohen Druckkosten sind wir
Deshalb
in der Lage für ganze Bibliotheken und einzelne Bücher
Höhere Preise
anzulegen. Antiquar kommt auch nach auswärts.
Bangel & Schmitt
(M. Freihen)
Abt. Antiquariat,
Heidelberg, Anlage 5.

Schriftleitung: H. Becker; Druck und Verlag: G. Beckersche Buchdruckerei in Sinsheim.